

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbeförderungsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. Oktober 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl., die längste Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pfl., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 117

### Erhöhte Leistungen des Verbandes?

Merorten setzen Bestrebungen ein, die Verbandsunterstützungen zu erhöhen, um den Kollegen, die in die unglückliche Lage geraten, die Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nehmen zu müssen, zu helfen, schwere Stellen zu überleben. Das ist lobenswert.

Meines Erachtens läßt man aber bei diesem Willen, zu helfen, zu viel das gute Herz und zu wenig den Verstand sprechen. Eine Erhöhung der Unterstützungslöhne (für alle Zweige) hätte nur Zweck, wenn sie mindestens um das Zweifache, ja Dreifache erfolgte. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Höhe der dann zu zahlenden Verbandsbeiträge: Verdoppelung oder Verdreifachung!

Gegenwärtig leisten wir 30 Pfl. Gratabtrag zur Verbandskasse, nur um die Leistungsleistungen Leistungen ausreicht halten zu können; dabei ist das Krankengeld für Mitglieder mit bis zu 250 Beiträgen aber noch auf 1 Mk. pro Tag herabgesetzt. Ich hebe auf dem Standpunkte, daß die Bestrebungen zur Erhöhung der Unterstützungen bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit an die Adresse des Staates zu richten sind, und zwar nicht nur von uns, sondern von allen Gewerkschaften. Die für diese Fälle von den Verbänden gezahlten Beträge dürfen, namentlich jetzt, nur als Zuschuß zu betrachten sein.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß z. B. bei Erkrankung vor dem Krieg ein Kollege mit der Verbandskrankheitsunterstützung (unter Berücksichtigung des Umstandes, daß er keine Beiträge zu den verschiedenen Kassen zu leisten hatte) den Betrag des höchsten Minimums als Unterstützung bezog, so geht daraus hervor, daß die Erhöhung des Krankengeldes der Ortskrankenkasse nicht schriftlich gehalten hat mit den zur Erhaltung nötigen Löhnen, und insoweit das Bestreben auf Besserstellung durch die öffentliche Kasse gerichtet sein muß.

Auch für eine wesentliche Erhöhung der Umzugsbeihilfe kann ich mich nicht erwärmen, weil ich mir sage, daß diese Unterstützungseinrichtung nicht einen zu breiten Raum in unserer Kassenbearbeitung einnehmen, sondern tatsächlich nur eine Beihilfe sein darf; schon deshalb, weil sie nicht von allen Mitgliedern (die ohne eignen Hausstand) in Anspruch genommen werden kann.

Aus dem gleichen Grunde bin ich gegen eine Anrechnung der Kriegszeit als Beitragszeit zum Verband, obgleich mir dadurch ein Vorteil zufließen würde. Die aktive Dienstzeit in früherer Zeit als Beitragszeit anzurechnen, ist niemand eingefallen, obwohl ein verhältnismäßig großer Prozentsatz unserer Mitglieder den bunten Rock getragen hat.

Gegen eine Erhöhung der Reiseunterstützung wäre viel zu sagen — man kann sie gegenwärtig sogar für überflüssig halten, zumal sie am Orte bezogen werden kann und die Bezugsberechtigung bei Ausgesessenen um weitere zehn Wochen verlängert worden ist. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Kollegen, die nach Provinzorten vermittelbar worden sind, die Kondition aus nachstehenden Gründen ablehnten, und auf die Reise gingen, weil ihnen deshalb die Unterstützung am Orte verweigert wurde. Durch die Reichserwerbslosenunterstützung ist es doch jedem ermöglicht, am Orte zu bleiben, eventuell wird ihm die Möglichkeit gegeben, den Ort zu erreichen, in dem er bezugsberechtigt ist, so daß das Reisen eigentlich zwecklos ist und auch nur ganz wenig hilft wird.

Also nochmals: Nützlich ist allgemeines Streben nach Erhöhung der Unterhaltsmittel durch den Staat!

Kiel.

M. Eilsner.

### Eine neue Spartenhefte?

Gast den ganzen September hindurch nahmen Kollegen aus allen Gegenden des Reiches Stellung im „Korr.“ zu dem Ergebnisse der letzten Carlshauschuhfüßung, über diese und jene Angelegenheit ihre Schmerzen austauschend. Sofern diese Stellungnahme sich in sachlichen Grenzen bewegte, wird wohl niemand etwas dagegen einzuwenden haben.

Der Artikel „Die höhere Steuerungsulage der Maschinenhefte“ in Nr. 108 vom 18. September, gezeichnet M. Sohne (Sena), war aber dazu angetan, den Widerspruch der Maschinenhefte herauszufordern. Wenn dies meinerseits unterblieben ist, so aus dem Grunde, weil ich nicht aus einer Entgleisung eines Kollegen viel Aufsehens machen wollte. Hierzu gezwungen werde ich jedoch durch die Auslassungen des Kollegen F.—s. in der Nr. 111 vom 25. September; wo unter der vielversprechenden

Überschrift „Zum geplanten Maschinenlehre Kongress“ eine wüste Heße gegen die Maschinenhefte getrieben wird.

Ist es an und für sich schon bedauerlich, wenn Handwerker oder Druckerkollegen in absoluter Verkennung der Sachlage sich absätzig über ein Entgegenkommen gegenüber den Maschinenheftlern äußern, so verdient es jedoch höchste Zurückweisung, wenn eine solche Polemik dazu benützt wird, die Handwerker gegen die Maschinenhefte auszuheben. Daß dies durch den Artikelschreiber F.—s. geschieht, geht aus jedem Satze seines geistigen Produkts hervor.

Um übrigen: Wer ist denn dieser Kollege F.—s.? Warum verschweigt er denn so schamhaft seinen wirklichen Namen und sein Domizil? Ich habe es immer für ehrlicher gehalten, wenn ich etwam mit jemand schriftlich, diesem wenigstens zu verraten, wer, woher und was ich bin. Hier scheint es jedoch so zu stehen, daß der Artikelschreiber alle Ursache hat, seinen Namen zu verschweigen. Wenn es kann auch dem verbittertesten Spartengegner nicht ganz gleichgültig sein, vor der gesamten Kollegenchaft als Spartenheber gebrandmarkt zu sein, der seine Aufgabe darin erblickt, die einzelnen Branchenangehörigen gegenseitig und die Verbandsinstanzen gegen diese Icharzumachen.

Sich zum Artikel selbst. Es braucht nicht meine Aufgabe zu sein, eine Lanze für den Kollegen zu brechen, der den im Motto des Artikels von F.—s. zitierten Ausdruck in der Verammlung des Brandenburgischen Maschinenlehrevereins tat. Dieser Kollege ist selbst Manns genug, diesen seinen Anspruch zu rechtfertigen, sofern er durch die Anspielungen des Kollegen F.—s. sich hierzu verpflichtet fühlen sollte. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß sich die Äußerungen des Kollegen in der Brandenburgischen Maschinenlehreversammlung nicht auf die Steuerungsulage, sondern auf die abgelehnte Verkürzung der Arbeitszeit der Maschinenhefte wie auf die speziellen Maschinenheftbestimmungen an und für sich bezogen. Das ist doch aber was ganz anderes, als was der Kollege F.—s. aus den Worten des Diskussionsredners herausdeduziert. Und deshalb muß gegen den Ausdruck „dummdreiste Umarmung“ in diesem Zusammenhange ganz energisch protestiert werden.

Protestiert muß ferner werden gegen den Vorwurf der Sonderbündelerei der Sparten, den F.—s. natürlich wieder besonders gegen die Maschinenhefte richtet. Der Raum des „Korr.“ ist zu beengt, um mit dem Kollegen hierüber Auseinandersetzungen pflegen zu können. Wenn es dem Kollegen F.—s. jedoch gefällig sollte, einwandfrei zu erfahren, warum sich die Sparten spezialorganisieren mußten, so bin ich jederzeit bereit, ihm Rede und Antwort zu geben. Daß dies Bestreben bei dem Kollegen aber nicht vorherrschend ist, beweist sein wüßtes Geschimpfe über Prozentum und Selbstüberhebung der Maschinenhefte. Ob der Kollege in der Lage sein dürfte, den Beweis für diese seine Unterstellungen zu erbringen, erlaube ich mir nicht zu bezweifeln.

Wie wenig Sachkenntnis die Ausführungen des Artikelschreibers offenbaren, dafür nur ein Beispiel. Er sagt da u. a., daß es eine lächerliche Behauptung sei, daß der hohe Lohn der Maschinenhefte die Prinzipale hindere, Sehmachinen aufzustellen. Erstens vergißt der Kollege dabei, daß nicht nur der höhere Lohn allein hierbei mitspricht, sondern auch die kürzere Arbeitszeit, die die Maschinenhefte seit Einführung der Sehmachine bis 1911 und von da in vermindertem Umfange bis zur Einführung der 48stündigen Arbeitswoche hatten. Zweitens ist wohl weniger das Argument in dieser Ausdrucksweise gebraucht worden als vielmehr in dem Wortlaute, daß durch die Gleichstellung der Handwerker und der Maschinenhefte sowie der Arbeitszeit sich die Produktion verbillige und dadurch immer mehr Arbeiter in die Maschine abzuwandern werden. Wer letzten Endes dann die Leidtragenden sind, das dürfte doch wohl einem jeden Kollegen klar sein.

Aber der Kollege wird in dieser Frage durch die Prinzipale selbst berichtigt. In der letzten Carlshauschuhfüßung erklärte der Sprecher der Prinzipale u. a., daß das Entgegenkommen der Prinzipale in puncto Arbeitszeitverkürzung und Höherentlohnung seinerseits aus dem Grund erfolgt sei, um die Einführung der Sehmachine nach Möglichkeit zu erleichtern. Und das sei ihnen gelungen. Was sagen Sie dazu, Herr Kollege? Sehen Sie ein, daß Ihre Ausführungen eher lächerlich sind als die der Kollegen, die mit dem angezogenen Argument die Gegner in unsern eignen Reihen zu überzeugen suchen?

Den Kollegen, die immer noch nicht einsehen wollen, daß die Arbeit der Maschinenhefte eine anstrengendere, nervenzerrüttendere und gesundheitschädlichere ist wie die

der Handwerkerkollegen, ist nur zu empfehlen, sich selbst einmal nur für kurze Zeit an die Maschine zu setzen: sie werden gar bald einsehen, daß ihre Ansicht eine irrige war und daß die Maschinenhefte mit allen Gründen eine Besserstellung beanspruchen können und müssen. Daß durch eine Besserstellung der Maschinenhefte in betreff Arbeitszeitverkürzung (und nur die Verbleibung dieses unfres Antrags hat die Gemüter unser Maschinenheftkollegen so erregt) unfre Arbeitsnachweise etwas entlastet worden wären, sollte auch nicht unterschätzt werden.

Vergessen wird auch von den Kritikern immer, daß die Maschinenhefte laut Tarif ja 25 Proz. höhere Bezahlung zu verlangen, diese 25 Proz. sich aber durch die Steuerungsulagen bis auf noch nicht ganz 10 Proz. reduziert haben. Daß die neueste Mehrbewilligung von 25 Proz. ganze 1.50 bis 3 Mk. ausmachen, wird von den meisten Kollegen ganz und gar nicht in Betracht gezogen.

Was dem „geplanten Maschinenlehre Kongress“ für Aufgaben erwachsen, das soll doch den Kollegen F.—s. nicht beunruhigen. Nach unrer Auffassung würde ein solcher Kongress sehr viel dazu beitragen, die schlechten Auslassungen, die unter der Kollegenchaft bestehen, ein für allemal zu beseitigen. Es muß dahin kommen, daß sich die einzelnen Kategorien unfres Berufs untereinander mehr verstehen lernen, denn die Einigkeit werden wir ganz sicher in naher Zukunft alle gebrauchen können. Und die Einigkeit wird kommen, trotz der Drohung des Kollegen F.—s., daß seitens der Handwerkerkollegen auf der nächsten Generalversammlung ein ernstes Wort über die Sparten gesprochen werden wird. Nicht die Sparten werden den Verband in Sonderbündelerei auflösen, sondern die Mitglieder und Spartenkretze, in welchen Rollen sich der Kollege F.—s. in überreichem Maße betätigt hat.

Karl Bierath (Neuhöfen).

Vorsitzender der Zentralkommission der Maschinenhefte Deutschlands.

### Luzerner Kongressbilder

II.

Zweiter Tag

Vorsitzender Klein verlas zunächst ein Begrüßungsgramm vom Kollegen François Martin (Luzern) und machte Mitteilung von telegraphisch eingegangenen Entschuldigungen des italienischen und des norwegischen Vorsitzenden über ihr Nichtkommen. Im letzterem Lande sei es wegen Differenzen bei den Buchbindern zu einer allgemeinen Ausperrung im graphischen Gewerbe gekommen. Es werde gleichzeitig angefragt, ob vom Internationalen Sekretariat Unterstützung gewährt werden könne, was er unter den obwaltenden Umständen vernennen müsse.

Sehr bemerkte dazu, daß wegen der Valuta eine direkte Unterstützung jetzt nicht möglich wäre. Wie aber Deutschland der schwedischen Kollegenchaft in ihrem jüngsten Kampfe geholfen habe, durch Empfehlung des Darlehensweges im Lande, bis die Valutawerwicklungen wieder behoben seien, so könne nun auch Norwegen gegenüber gehandelt werden.

Einverständnis hierzu. Als nun zum Hauptpunkte des Kongresses geschritten werden sollte, entspann sich zuvor mehr über die Frage eine Debatte, indem Seif von Keulers geistiger Erklärung den Vorkauf zu kennen wünschte.

Schlumpf erwiderte, Keuser (wegen seines leidenden Zustandes noch nicht anwesend) habe nicht Bedingungen gestellt, sondern Wünsche ausgesprochen. Es sei mehr persönliche Anschauung, es kämen persönliche Gefühle in Betracht. Er könne konstataren, daß seit 1916 eine wesentliche Änderung bei Keuser eingetreten wäre. Die Franzosen wollten bei der Internationalen sein. Der französische Gewerkschaftskongress habe ja deutlich erklärt, alle hätten gefehlt. Der Neutralen Auffassung sei, daß hätten wie drüber Fehler gemacht wären. Keuser hätte seine Rede vorher auflesen sollen, wie er es getan.

Van der Wal bemerkte, wir hätten es mit dem französischen Verbande zu tun, nicht mit Keulers etwa unbedenklichen Ausführungen. Keuser habe doch gesagt, die Zeit müsse Stellung bringen. Alle Länder könnten erklären, daß sie mit ihren Regierungen nicht einverstanden waren. Eine Weigerung, in den Krieg zu ziehen, hätte jedoch keine Arbeiterchaft durchsetzen können. Die deutschen Arbeiter seien aber doch wohl zu sehr Patrioten gewesen. Sie hätten nicht protestiert gegen die Deportation der

belagerten Arbeiter. Wäre das geschehen, dann schon alle aufleben gewesen.

Verdan frag hierauf vor, was Keuser gestern gesagt hat. Er habe am Abend seine Erklärung nicht verstanden, aber sie hätte sie nicht mit dem Stenogramm. (In voriger Nummer ist dieses wiedergegeben.)

Seib: Keusers Erklärung sei von besonderem Werte, da er während des Krieges Äußerungen getan habe, die förmlich beleidigend waren. Da die deutsche Kollegenchaft die Internationale am meisten gestützt und finanziert habe, so könne sie auch künftig nicht ausgeschlossen sein davon, denn sonst wäre die Internationale unmöglich. Die Deutschen wollten diese Strafe weiter der Internationale widmen. Wenn aber von den Deutschen jetzt verlangt werden würde, sie sollten erklären, gerügt zu haben, so wäre das nicht gut möglich; dazu seien sie nicht imstande. Der Krieg von 1914 war doch schon lange in Vorbereitung. Der Kapitalismus sei der schuldige Teil. Frankreich und die andern Regierungen hätten die gleiche Schuld wie die deutsche. Hier aber könne nicht die politische Seite ausschlaggebend sein, wir hätten nur zu wirken, das alles wieder zusammenkommen. Er könne von der Wal nur sagen, daß die deutschen Gewerkschaften zur Verhinderung und Verhütung des Krieges getan haben, was in ihren Kräften gestanden. Die deutschen Gewerkschaftsführer seien immer bemüht gewesen, die internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Sie hätten bei ihrer Regierung auch alles durchgesetzt, daß sie während des Krieges Pässe zu internationalen Konferenzen erhielten. Von den alliierten Regierungen könne dies nicht gesagt werden, sie hätten vielmehr die Pässe verweigert. Der deutsche Verband sei politisch neutral und habe auch während der Kriegszeit diese Haltung beibehalten, er habe also auf politische Verwicklungen keinen Einfluß gewinnen können. Wegen der Deportation belgischer Arbeiter habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber entschieden Front gemacht und erreicht, daß sie rückgängig gemacht wurde. Einzelne könnten ja gefehlt haben. Das sei zu bedauern, aber damit müsse es sein Genüge haben. Die Internationale der Buchdrucker müsse unbedingt mehr ausgebaut werden und in alle Länder eindringen. Schon vor dem Kriege hätte darin mehr geschehen können.

Pochop: Österreichs Arbeiter hätten alles getan, um den Krieg zu verhindern und ihn abzukürzen. Sie seien ja auch die Urheber der Stockholmer Konferenzen. Keuser wollte wohl gar nicht eine Diskussion über die Schuldfrage herbeiführen, von der Wal habe aber heute die Situation verklärt. Was, was er wolle, könne nicht erklärt werden! Praktische Arbeit sei jetzt die Hauptaufgabe. Sie müßten monieren, daß Sekretär und Kommission kein Programm zum Hauptpunkte vorgelegt haben.

Schlumpf meinte, er müsse es bedauern, wenn man hier Erklärungen verlangen würde, wie von der Wal sie erwarde. Dieser wäre doch 1917 mit auf der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz gewesen, dort sei alles vermieden worden. Das sei gut so gewesen, warum solle es hier nun anders sein? Überall seien die Verhältnisse stärker gewesen. (Zustimmung.) Was sei alles auf dem Friedenskongress in Basel 1913 gesprochen und in Resolutionen getan worden, und doch wäre es ganz anders gekommen. Wenn der belgische Vorlesende auf der Generalversammlung des französischen Verbandes in Nancy einen Antrag auf Zurückziehung von der jetzigen Buchdruckerinternationale gestellt habe, so wäre das Geschmachtsache. Daß er damit aber in Nancy abfiel, sei die Hauptsache für uns.

Dworacek: Was er schon in Würzburg 1918 auf der Generalversammlung des deutschen Verbandes gesagt habe, könne er hier nur wiederholen: Wie kann man nur die Gewerkschaften oder ihre Führer verantwortlich machen wollen für den Krieg und seine Folgen! Überall hätten doch Ausnahmezustände geherrscht: die Prehärenz, das Versteckhalten und die Verleumdungsfreiheit seien zu Anfang ausgebrochen gewesen. Man sollte hier nicht weiter auf diese Dinge eingehen, sondern praktische Arbeit leisten, wozu sie im Interesse der Internationale gern bereit wären.

Eiler: Keusers Erklärung an sich sei uns gar nicht unangenehm gewesen. Aber nur nicht über Kriegsschuld und Kriegsschuld hier sprechen! Die Würzburger Generalversammlung der deutschen Organisation habe in dieser Beziehung einen sehr korrekten Standpunkt eingenommen (Verlesung der Stellen auf Seite 63/64 des Protokolls). Der belgische Antrag sei ganz unmöglich, die französische Stellungnahme dazu aber zu begrüßen. Er müsse noch erklären, daß in Deutschland kein Arbeiter oder Gewerkschaftler während des Krieges der Regierung angehört habe, in Frankreich jedoch sei der Munitionsmilitär der Arbeiterchaft entnommen gewesen.

Barbel: Vor einigen Wochen hätten sie in Lugemburg den Besuch des belgischen Vorlesenden gehabt. Da sei viel Schlimmes über die Verhältnisse und Leiden der Belgier zu vernehmen gewesen. Er habe dem Vorlesenden zugeredet, nicht der Kriegsschuld usw. weiter nachzugehen; man solle doch vergessen lernen. Aber eine Entschuldigung oder ähnliches sollte jedoch hier von den deutschen Delegierten ausgesprochen werden. Dafür zu wirken, habe er dem belgischen Vorlesenden versprochen.

Seib: Als die belgische Arbeiterchaft in bedrängte Verhältnisse gekommen war, hätten die deutschen Gewerkschaften Mittel nach Belgien geschickt. Diese seien aber unbegrifflicher Weise von den Belgieren in beleidigender Form zurückgewiesen worden. Wir haben den Standpunkt eingenommen, daß doch nicht die Arbeiter den Krieg gegeneinander führen. Die deutschen Arbeiter hätten demgemäß auch während der Kriegsdauer Solidarität üben wollen, die Belgier haben das aber gar nicht gewollt.

Wir Deutschen würden von keiner andern Arbeiterchaft jemals verlangen, eine Erklärung abzugeben, daß sie gerügt habe, daß sie mitverantwortlich sei. Deshalb hätten wir Keuser 1916 nicht begriffen und könnten die Belgier jetzt nicht begreifen. Wir seien immer zur Hilfe und zum Verstehen bereit. Wir nehmen auch keinen engen Standpunkt ein wie die Belgier und Franzosen. So gern wir mit der Schweiz, mit Holland usw. zu tun haben, so gern auch mit Frankreich, Belgien, England. Das sei Grundausgangspunkt bei uns. (Beifall.)

Van der Wal: Die Buchdruckerinternationale solle alle umfassen, deshalb müßte auch alles getan werden, was alle zusammenführen könne. Die deutschen Arbeiter seien gewiß nicht verantwortlich zu machen für den Krieg, aber die Mentalität der Deutschen und Österreicher wäre zu kritisieren. In der österreichischen Presse habe er eine korrektere Stellung gefunden, in der deutschen aber sei die Regierung mehr in Schutz genommen worden: sie hätte nicht anders handeln können. In der französischen habe es allerdings ähnlich geklungen. Wenn in Deutschland die Gewerkschaften sich nicht um Politik gekümmert hätten, so sei das in Holland anders gewesen.

Goldemann wandte sich darauf entschieden gegen den belgischen Standpunkt. Das sei billige Abkehr. Er ersuchte, keinerlei Erklärung abzugeben.

Schlumpf: Er wolle nicht so weit gehen wie Goldemann. Es könne wohl eine Erklärung abgegeben werden, der alle zustimmen könnten. Das wäre auch für die Öffentlichkeit gut.

Krahl bemerkte gegenüber dem holländischen Delegierten, wenn er, ohne nähere Angaben, den „Korr.“ meine und nun hier so viel von der Mentalität (Denkweise) der Deutschen gesprochen werde, so solle man sich doch vor Augen halten, daß in Deutschland die Auffassung von einem Verteilungskrieg lange Zeit allgemein gewesen sei. In Holland habe diese Anschauung auch viel Anhänger gehabt. Der „Korr.“ hätte sich stets gegen den Krieg ausgesprochen. Manches von dem, was von der Wal meinen könnte, sei indes erst geschrieben worden in Verfolg der uns aus den französischen und englischen Organen gewordenen Überlegungen. Im übrigen sei die Beurteilung der Kriegsfrage im Jahre 1919 wohl eine andre als 1914.

Vorsitzender Klein lasste darauf die Debatte zusammen und deutete an, wie eine Resolution darüber lauten könnte.

Nunmehr gelangte man zum eigentlichen Tagesordnungspunkt: „Aussprache über die zukünftige Form und die zukünftigen Aufgaben der internationalen Organisation der Buchdrucker.“

Stautner: Das Internationale Buchdruckersekretariat sei das, was die Organisationen aus dem Sekretariat zu machen wüßten. Die Leiter der Verbände seien mit Arbeiten überlastet, deshalb sollte in jedem Verbandsvorstand jemand beauftragt werden, die Beziehungen mit dem internationalen Sekretariat zu unterhalten. Das Sekretariat müsse in Zukunft ein andres Statut haben und erweiterte Aufgaben erhalten. Es sollte eine Kommission von Vorstandsvertretern gebildet werden wie bei der Internationale der Metallarbeiter, die fördern, aber nicht vordringend mit dem internationalen Sekretariat arbeite. In Zukunft müßten alle Organisationen erfasst werden. Deshalb müßte auch Artikel 22 des Statuts anders lauten, damit nicht noch Landesorganisationen abgespringen. Bei Streiks sollte man mehr zurückhalten mit seinem Urteil, aber mehr in Unterstützung tun.

Vorsitzender Klein: Der Anschlag von Organisationen sei nicht mit platonischen Erklärungen zu fördern. Beweise: England. Es müsse positiv gearbeitet und mehr geleistet werden. Das Internationale Sekretariat sei jetzt allerdings durch das Statut gebremst. Er bedauere, daß das Internationale Sekretariat keine Initiative haben dürfe. Die Verbindung mit den einzelnen Organisationen sei zu mangelhaft. Stautners Vorschlag mit einem Delegierten in den Verbandsvorständen für das Internationale Sekretariat wäre deshalb gut zu nennen. Das tote Gerippe müsse Leben erhalten. Der diesmalige Kongress mit seiner schwachen Belegung werde aber kaum etwas Bestimmtes schaffen können. Der Kostenpunkt dürfe jedoch keine Rolle spielen. Das Zusammenarbeiten in der internationalen Sekretariatskommission sei im allgemeinen gut gewesen.

Stautner führte noch an, daß er fast immer Einladungen zu den Generalversammlungen der Verbände erhalten habe, ohne daß ihm dadurch bestimmte Verpflichtungen in der Berichterstaltung aufgegeben seien. Er wolle noch bemerken, daß Spanien sehrzeitlich auch wegen des Vorkriegs (Art. 22) ausgetreten wäre.

Schlumpf: Der Krieg habe auch bei uns manches zur Reife gebracht, was schon lange hätte sein sollen. Er habe schon auf den Kongressen von 1901 und 1907 gefordert, daß das Internationale Sekretariat andre Aufgaben erhalten solle. Es sei ja eigentlich nur der Briefträger unter den Organisationen und die Geldsammlerin bei Streiks. Er halte dafür, daß Fragen der Organisation, der Statistik, der Tarifgemeinschaften, der Tarifrevisionen, des Lohnes, der Nachtarbeit usw. zu den Aufgaben des internationalen Sekretariats gehören müßten und hierüber nach Möglichkeit eine internationale Regelung stattfinden sollte. Döblin habe darin einen irigen Standpunkt vertreten; der habe immer gesagt, dergleichen geböre nicht zu den Aufgaben des internationalen Sekretariats. Er fordere nun Programmweiterung, so gehe es nicht weiter; jetzt müße ein Tätigkeitsprogramm geschaffen werden. Eine sogenannte partielle Zusammenlegung des internationalen Sekretariats werde das alles fördern.

Seib erklärte sich im wesentlichen für den Standpunkt von Schlumpf; es müßten Grundlinien aufgestellt werden. Er müße aber gegenüber Stautner sagen: Das Inter-

nationale Sekretariat ist das, was der internationale Sekretär aus ihm zu machen versteht! (Zustimmung.) Der internationale Sekretär und die internationale Kommission müßten richtunggebend arbeiten. Man wisse ja gar nicht, wie es in andern Ländern aussehe. Wenn man einmal bei einem Lande Mißerfolg gehabt habe, so müßte doch wieder mit ihm angefangen werden. Es seien nicht nur Jahresberichte, sondern auch Vierteljahrsberichte herauszugeben, die von den Organen in den einzelnen Ländern wiedergegeben werden könnten. Der internationale Sekretär müßte alle Generalversammlungen besuchen und dort aufklären wirken. Die Frage der Gegenseitigkeit sei eine Geldfrage. Der Deutsche wundert gern. Vielleicht könne eine Grenze der Leistungen für kleinere Länder festgesetzt werden, das Blattum dürfe aber nicht abgeschafft werden. Die andern sollten nur auch nach Deutschland kommen.

Dworacek erklärte sich gegen die Abschaffung der Reiseunterstützung. Im Jahre 1889 sei das Blattum mit der Hauptsache gewesen für das erste internationale Zusammenkommen. Eine Statistik, einbeilich angelegt, zu gleicher Zeit in allen Ländern aufzunehmen, sei auch eine Notwendigkeit.

Krahl hat den Eindruck aus der Debatte gewonnen, daß man sich hier im Kreise bewege. Was als erweiterte Aufgaben und als neues Programm für das internationale Sekretariat gefordert werde, wäre doch schon alles im Artikel 1 der Statuten des internationalen Buchdruckersekretariats ausgedrückt, namentlich unter litera b und c. Es brauchten also nur Tatsachen daraus gemacht zu werden. Er habe in den Statuten nirgends einen Anhaltspunkt dafür gefunden, daß das Internationale Buchdruckersekretariat ein Amt hat, aber keine Meinung haben dürfe. Es lebe nur an Initiative. Die sei jetzt aber sehr notwendig. Wenn nunmehr müße alles gegeben, um alle noch fernstehenden Landesorganisationen für den Anschluß zu gewinnen. Das dürfe nicht nur auf Europa Begrenzung finden, sondern alle Weltteile müßten erfasst werden. Das Internationale Sekretariat habe mit seinem Werk über „Die Gewerkschaften im Buchdruckerhandwerk“, woran 1912 die dritte Serie erschienen, eine gute Arbeit verrichtet, sie könne bei der holländisch belgischen Fortsetzung vielleicht noch erweitert werden. Es sei aber falsch gewesen, die jeweils nicht ermittelten Organisationen in der späteren Ausgabe nicht mit anzuschließen. Das könnte sehr wohl in einem Anhang gegeben werden. Man würde sich das Bild vermindern. Daß die Fragen der Statistik und der Tarifgemeinschaften bisher nicht ausgearbeitet gewesen seien, hätten die Debatte des Stuttgarter Kongresses 1912 gezeigt, die seinen Hauptinhalt ausgemacht hätten und woran Döblin und Reimüller, die gemachten Vorlesenden von Deutschland und Österreich, in erster Linie beteiligt gewesen wären.

Van der Wal erklärte hierauf, er sei mit allem einverstanden, nur aber mit dem Artikel 22 (Blattum) nicht. Es wäre nicht richtig, ziellos reisen zu lassen. Anbittler erlange man bei ihnen nicht durch lassen. Wenn die Holländer allein 20000 Gulden für die Deutschen ausgegeben hätten, dann sei das fortgeworfenes Geld. Wer walze, werde bei ihnen als „Landläufer“ angesehen. Bei den heutigen Feuerungsverhältnissen müßten ja eigentlich 10 Mk. pro Tag gegeben werden. Also fort mit dem Artikel 22! Eine wichtige Aufgabe für die Internationale sei, die Öbne und die Tarifverträge in Übereinstimmung zu bringen.

Stautner: Was gesagt worden sei über die künftigen Aufgaben des Sekretariats, könne er alles unterschreiben. Sich gegen Krahl wendend, machte er dann noch einige Ausführungen über die Anlage des angeführten Sammelwerkes, das später Herausgeben mit der Unvollständigkeit der Eingänge begründend.

Es entspann sich dann eine kurze Debatte, aber unter ziemlich geringer Beteiligung (Schlumpf, Klein, Stautner, Verdan, Krahl, Klein, Schlumpf, Stautner, Klein, Seib, Schlumpf, Stautner, Klein, Stautner, Schlumpf, Klein, Seib) geführte Diskussion über die Formulierung von Resolutionen und die Einsetzung einer Kommission zu diesem Zweck. Ferner über die Schaffung einer engeren und einer erweiterten Sekretariatskommission, wofür Seib das Beispiel der jetzigen Gewerkschaftsinternationale in Vorschlag brachte und damit auch durchdrang. Im weiteren Spielte die Frage des Sitzes des internationalen Sekretariats stark hinein, so daß sich das Empfinden dreht machte, darüber zunächst zu verhandeln. Übereinstimmung wurde auch erzielt, daß angesichts des schwachen Besuchs des Kongresses die Kommission später das neue Statut auszuarbeiten und es dann allen angeschlossenen Organisationen zwecks Annahme zu unterbreiten habe.

In die Resolutionskommission wurden delegiert: Dworacek, Keuser, Schlumpf, Seib, Stautner, van der Wal.

Hierauf wandte man sich der Sitzbestimmung des internationalen Buchdruckersekretariats zu.

Keuser: Seine Organisation verlange die Sitzverlegung. Ob man es zugeben wolle oder nicht, wünschenswert sei es, daß die Verlegung des Sitzes stattfinden. So könnten sich die besseren Geister durchsetzen und die des Hasses verschwinden. Auch die materiellen Lasten dürften so besser verteilt werden können. Die Franzosen verlangen also Sitzverlegung nach der Schweiz.

Van der Wal: Wenn von den Franzosen die Sitzverlegung nach der Schweiz verlangt werde, auf daß die Brüderlichkeit besser wiederkehre, warum sollte das nicht sein? Auch für die andern Länder werde es so besser sein, die Internationale könne dann bald wieder aufgebaut werden. Die Deutschen werden jedenfalls nicht fordern, daß der Sitz absolut in Stuttgart bleiben solle.

**Seib:** Es sei gesagt worden, die Sitverlegung wäre die brennendste Frage. Er teile diese Auffassung nicht. Aber diesen Punkt sei auf hinwegzukommen, wenn man damit nicht kränkende Auflagen für die Deutschen verbinden werde. Sollten aber nur praktische Gründe maßgebend sein für die Verlegung, dann werde der deutsche Verband nicht dagegen sein. Wenn für die Ausgestaltung der Internationalen eine Verlegung aus Deutschland das Bessere sei, dann werden wir uns nicht dagegen wenden. Wir als größte Organisation hätten aber ein großes Interesse daran, wo der Sitz sich befinden und unter welchen Umständen eine Verlegung eintreten solle. Nur aber keine Gründe dafür, die mit dem Kriege zusammenhängen! Wenn eine erweiterte Kommission geschaffen werde, dann sei Deutschland ja doch mittig in der Welt der Internationalen.

**Barb** erklärte sich mit Seiber, van der Wal und auch mit Seib einverstanden. Nur praktische Gesichtspunkte dürften für die Verlegung bestimmend sein. Seine Organisation wüßte auch die Sitverlegung nach der Schweiz.

**Kreuer** berührte ebenfalls in längeren Ausführungen alle missprechenden Punkte. Die Sitverlegung nach der Schweiz werde auch aus Gründen der gegenwärtig noch vorherrschenden Mentalität als Folge des Krieges gefordert. Die baldige Anbahnung besserer Beziehungen zwischen den beiden kriegführenden Mächtegruppen sei so eher möglich. Die Verbindungen mit der Schweiz seien überhaupt vorteilhafter. In Nancy habe man dem belgischen Antrag und den Ausführungen dazu applaudiert. Er habe dagegen erklärt, wenn auch seine Gefühle nicht andre geworden seien, so müsse er sich doch gegen den belgischen Antrag wenden. Er stehe auf dem Standpunkte, daß die Arbeiterkraft sich wieder zusammenschließen müsse, um eventuell künftigen Kriegesgefahren zu wehren. Er verlange keine Erklärung über Kriegsschulden. Was aber Dworkach auf der Würzburger Generalversammlung des deutschen Verbandes über den Krieg und die Stellung der Gewerkschaften dazu gesagt und was der „Korr.“ ebenfalls vertreten habe, sei nicht richtig gewesen. Man hätte den Regierungen doch mehr den Standpunkt klarmachen müssen.

**Pochop:** Österreich könne sich der deutschen Erklärung anschließen, daß nur praktische Gründe für die Sitverlegung entscheidend sein sollten. Wäre das der Fall, dann würden sie nicht gegen eine Sitverlegung sein.

**Seib:** Die Sitverlegung sei doch auch eine Personenfrage hinsichtlich des Sekretärs. Im Jahre 1909 sei doch die Verlegung nach Deutschland mehr aus persönlichen Gründen erfolgt.

**Schlumpf:** Man wolle über Gewebes hinwegsehen. Wenn aber jetzt gefordert werde, zwecks Besserung der Beziehungen zueinander den Sitz wieder zu übernehmen, so sei die Schweiz dazu bereit. Sie habe es während des langen Krieges möglich gemacht, Verbindungen aufrechtzuerhalten und Hilfe zu leisten. Wenn durch die Sitverlegung darin noch mehr gefehlen könnte, so würde das sie freuen. Sie hätten keine Einwendungen gegen den deutschen Verband, machen aber der internationalen Sekretariatskommission nicht den Vorwurf, daß zu wenig getan worden sei; sie habe ja während des Krieges nicht besser arbeiten können. Hoffentlich würden sich nun alle Wünsche in der Schweiz erfüllen. Sie wären auch bereit, mit Stauner wieder zusammenzuarbeiten. In bezug auf die Taktik werde keine Veränderung eintreten, weil sie darin mit Deutschland und andern Ländern gleichgingen. Diese Taktik habe sich auch während des Krieges bewährt. In der Schweiz sei wohl von den Radikalen geäußert worden, die Berufsgemeinschaft (Zeriffsgemeinschaft) müßte abgelehnt werden. Als man sich gegen diesen Standpunkt gewandt habe, weil er falsch sei, hätten die andern gesagt, sie wollten ja auch nichts andres. In den schweizerischen Gewerkschaften wäre es ähnlich gewesen. Erst Opposition, dann aber, als die Holzarbeiter einen Landestarif erreicht hätten, habe es mit einemmal geheißen, es sei ein gewaltiger Fortschritt erzielt worden.

**Stauner:** Zur Sache selbst habe er nichts zu sagen. Er wäre aber bereit, von dem sachlichen Stande, was hier über diesen Punkt gesprochen worden sei. Deshalb sei er auch in der Lage, weiter auf dem Posten zu bleiben, wenn sein Gesundheitszustand es zulasse.

**Krabl** meinte noch, von dem diesmaligen Protokoll sollte doch die Möglichkeit der öffentlichen Beschaffung gegeben werden. Dieser internationale Kongreß habe infolge des Krieges und der davon herleitenden Reflexe ein großes Interesse für die Allgemeinheit der Kollegen. Er wüßte also, daß das Protokoll an Interessenten gegen einen mäßigen Preis abgegeben werde.

Vorstehender Klein vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß zunächst in den Fachorganen ausführlich über den Luzerner Kongreß berichtet werden sollte. Die Herstellung des Protokolls dürfe aber lange Zeit erfordern, doch sollte die Anregung von Krabl im Auge behalten werden. Nach einigen Mitteilungen über die den weiteren Teil des Tages ausfüllende Arbeit der eingeleiteten Kommission schloß er darauf die Verhandlungen des zweiten Tages.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Berlin.** Am 1. Oktober beging bei bester Gesundheit und Rüstigkeit der Seher Roman Ditt aus Posen sein 50jähriges Berufsjubiläum. Seit seinem Auslernen im Jahre 1874 unserer Organisation angehörend und seit über 26 Jahren bei der Firma Müllstein & Co. beschäftigt, erfreut er sich seines kollegialen Lebens wegen allgemeiner Beliebtheit. Möge ihm ein recht froher Lebensabend beschieden sein!

**Dresden.** In einer Versammlung am Vormittag des 14. September nahmen die Dresdner Buchdrucker den Bericht über die letzte Tarifausübung entgegen. Das Wesentliche darüber war ja schon aus dem „Korr.“ bekannt. Kollege Wogenitz (Leipzig) verstand es aber, seinen Bericht so anschaulich zu gestalten, daß er die Versammlung bis zum Schluß fesselte. Besonderen Beifall fanden seine Ausführungen über die Vertrauensmänner und Betriebsräte. Wenn die Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse ihre Rechte voll ausnützten, wären wir einen großen Schritt weiter. Dazu gehöre vor allen Dingen Einigkeit, an der es leider jetzt auch bei uns fehle. Kollege Giebler nannte das Ergebnis der Tarifausübung in jeder Hinsicht für die Gehilfen unbefriedigend, zum Teil sogar schädigend. Gegenüber rückständigen Anschauungen unserer Führer und mancher Kollegen sei wirkliche Besserung unter Ablehnung der Tarifgemeinschaft nur vom wahren Sozialismus auf dem Boden der Industrieverbände und Betriebsräte zu erwarten. Er brachte eine entsprechende Entschlieung ein, ebenso eine, die Erziehung der Pressefreiheit unter allen Umständen forderte. Die weiteren Redner wandten sich mit einer Ausnahme alle gegen Giebler. In außerordentlich treffender Weise führte der „verhältnismäßig alte“ Kollege Wogenitz demgegenüber aus: Die Festlegung der Beschlüsse bis März 1920 dürfe denkende Kollegen nicht beirren. Fortschreitende Teuerung werde uns auf dem Plane finden. Wahrer Sozialismus sei nur möglich unter Ausbreitung der Selbstkritik und des Eigenwertes, und diese sind jetzt am kräftigsten. Der Verband lit auch heute noch Kampforganisation, aber nicht des Kampfes, sondern des Sieges wegen. Die Einigkeit der Arbeiter unter dem Sozialistengesetz müsse heute noch vorbildlich sein. Die Verhältnisse in der politischen Bewegung untergraben das Vertrauen der Arbeiter zueinander. Ohne wirtschaftliche Freiheit keine politische. Viele Entwicklung brauche Zeit. Möglicher Sozialismus im Buchdruck z. B. würde die Pressefreiheit und Arbeitsmöglichkeit einschränken. In den Gewerkschaften könne auch über Politik gesprochen werden, aber nicht in trennendem, sondern in einigendem Sinn, ohne gegenseitige Herabsetzung wie z. B. in Leipzig. Gegen einen Antrag auf Schluß der Aussprache wandte sich nur Kollege Giebler. Er zog keine erste Entschlieung zurück und beantragte Abstimmung darüber, da die Versammlung nicht gut genug besucht sei. Die Abstimmung wurde gegen einige Stimmen abgelehnt, ebenso die Erziehung der Pressefreiheit; Annahme fand eine Entschlieung, in der die Mitglieder des Dresdner Ortsvereins schärfsten Protest einlegten gegen die neubeschlossenen, ungenügend niedrigen und den Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragenden Teuerungszulagen, ferner dagegen, daß die schon längst notwendige Erhöhung des Lohnzuschlags erst am 1. Januar 1920 in Kraft treten soll. Bevor die Lebensmittelpreise und sonst zum Unterhalte notwendigen Erfordernisse sich nicht um mindestens ein Drittel ermäßigt haben, sei ein Eingehen auf Verhandlungen zwecks Herabsetzung der Teuerungszulagen abzulehnen. Zum Schluß gab Gauvortreiber Wendisch Aufschluß über die Aussperrung von fünf Kollegen in einer Dresdner Hausdrucker. Es gehe alles, um den Zuschuss zu ihrem Rechte zu verbessern.

### □ □ □ Rundschau □ □ □

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Genossenschaftsbuchdrucker Nordhausen zahlte die am 1. Oktober fällige Teuerungszulage rückwirkend ab 1. September. Gleichfalls erhielten die Kollegen einen Ferienzuschuß von je 50 Mk.

**Konkurrenzauswähl.** Eine kaum glaubliche Schmutzkonkurrenz treibt die Hofbuchdrucker Grimm in Büchberg. Es handelt sich in einem Falle um einen Auftrag (Familienchronik), der etwa 96 Seiten Großquart umfaßt, zweifach, Korpus Fraktur, durchschossen, einschließlich eines drei Seiten füllenden Stammbaums. Eine Bielefelder Firma verlangte für diese Arbeit 3000 Mk., eine Firma in Hannover forderte 4800 Mk., während die Bieleburger Firma sich mit der Summe von 1700 Mk. begnügte! Eine andre Arbeit betrifft ein Familienblatt, das halbjährlich erscheint, in obigem Format. Hierfür hat die Bieleburger Hofbuchdrucker erhalten: für 18 Seiten 245,50 Mk. (Herbst 1918); für 12 Seiten 205,95 Mk. (Frühjahr 1919); für 12 Seiten Inhaltsverzeichnis 157 Mk. Wie wir hören, soll dem Ehrenschiedsgericht in Hannover demnächst Gegebenheit gegeben werden, sich mit dieser Sache zu befassen.

**Neue Teuerungszulagen für die Leipziger Buchdruckerhilfsarbeiter.** Ab 1. Oktober d. J. erhalten in Leipzig zu den bisherigen Teuerungszulagen männliche ledige Hilfsarbeiter unter 24 Jahren 9 Mk., männliche über 24 Jahre und Verheiratete 12 Mk., Anlegerinnen unter 18 Jahren und Auslegerinnen 6 Mk., Anlegerinnen über 18 Jahre 8 Mk. wöchentlich. Hilfsarbeiterinnen an Rotationsmaschinen sind bezüglich der Teuerungszulagen wie Anlegerinnen zu behandeln. Ferner haben die Leipziger Buchdruckerbeitnehmer in einer Mitteilung an ihre Mitglieder einer Anregung der Lohnkommission der Hilfsarbeiter stattgegeben wie folgt: „Von den Vertretern der Hilfsarbeiterhilfsarbeiter sind wir noch darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei längerem Aussehen infolge Arbeitsmangels das Hilfspersonal andre Stellungen anzunehmen genötigt sein wird, da es mit der Erwerbslosenunterstützung nicht auszukommen vermag. Die betreffenden Firmen würden deshalb damit zu rechnen haben, daß alles, eingerichtete Hilfspersonal nicht wieder in seine Stellung zurückkehrt,

jobald der Bedarf von neuem aufgenommen wird. Wir geben deshalb anheim, in allen Fällen, wo eingerichtete Personal dem Geschäft erhalten bleiben möchte, einen entsprechenden Zuschuß zu der Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.“

**Buchhändler und Erhöhung der Druckpreise.** In Nr. 214 des „Vörlenblattes für den Buchhandel“ laufen die Herren Buchverleger auf neue Sturm gegen die Erhöhung der Druckpreise. Der Deutsche Verlegerverein empfiehlt „angeichts der neuen Forderungen der Buchdrucker, die sich lediglich als eine Folge erneuter Lohnforderungen der Arbeitnehmer darstellen, die größte Zurückhaltung in der Erteilung von Druckaufträgen“. Wir haben also hier mit einer vom Deutschen Verlegerverein offiziell empfohlenen Zurückhaltung der Leistungen oder Arbeitsmangel der deutschen Buchverleger zu rechnen, wie sie rückständiger und zynischer wohl noch bei keiner Unternehmergruppe zutage getreten ist. Wenn sich ähnliches bei den Arbeitern zeigt, so wird das als eine schwere und unverantwortliche Veräußerung an der ganzen Volkswirtschaft und am gesamten deutschen Volk überhaupt verurteilt. Hier aber, wo die Verlagsbuchhändler ein gleiches volkswirtschaftliches Verbrechen verüben, da wird das von diesen Herren als selbstverständlich und durchaus berechtigt angesehen. So bemühen sich die deutschen Buchverleger, der deutschen Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, indem sie die Arbeitsmöglichkeit für die Buchdrucker offen zu laborieren versuchen! Vielleicht rief sich die „Selbstkritik für Deutschlands Buchdrucker“ angeichts dieser erneuten schweren Schädigung des deutschen Buchdruckerwerkes durch die Verlagsbuchhändler dazu auf, der Öffentlichkeit einmal einen genauen Überblick über die Bereicherung der Buchhändler auf Kosten des Buchdruckerwerkes und der Bücherkäufer an Hand der Druckkosten und der Bücherpreise zu geben. Wir sind überzeugt, daß dadurch die Gewissenhaftigkeit und Sabotier der Buchbarone eine sehr drastische Beleuchtung erfahren können.

**Buchhändlerdiktatur.** Schon längst sind wir davon überzeugt, daß die deutschen Buchhändler, hauptsächlich jene, die als führende Männer des Börsenvereins Deutscher Buchhändler von jeder auch in sozialpolitischer Hinsicht eine politisch- und arbeiterfeindliche Haltung eingenommen haben, eine ganz gefährliche Diktatur hinsichtlich des Verkehrs des geistigen Brotes des deutschen Volkes ausüben. Sie erschweren nicht nur den Verlag von Büchern und Schriften, die für sie nicht gewinnbringend genug sind, durch alle möglichen passiven Widerstände, sie erschweren auch die Herausgabe und den Verlag von solchen Büchern, die ihrem Inhalte nach dazu angetan sind, den gelunden Menschenverstand von dem Phobolengedreß einer privatkapitalistischen und imperialistischen Weltanschauung zu heilen oder lernaufhalten. Ein klassisches Beispiel dieser kulturfeindlichen Gesinnung deutscher Buchhändler der Gegenwart stellt nachstehendes Vorkommnis dar. Das „Buchhändlerbörsenblatt“, das offizielle Organ des deutschen Buchhandels, untersteht sich, das Inerat eines Buches von Professor Nicolai: „Sechs Tatsachen zur Beurteilung der deutschen Machtpolitik“, dem Freien Verlag mit folgender Begründung abzuwehnen: „Ihr uns mit Auftrag vom 26. August aufgegebenes Inerat betr. Nicolai, bebauern wir ablehnen zu müssen, da wir es nicht als die Aufgabe des „Vörlenblattes“ betrachten, durch Abdruck derartiger Ankündigungen an der Verbreitung von Werken mitzuwirken, deren Tendenz auf die Herabsetzung der deutschen Armee und ihrer ehemaligen Führer gerichtet ist.“ Es wird höchste Zeit, daß die Verteilung der literarischen Erzeugnisse dieser einseitigen Diktatur der Buchhändler entzogen und auf gemeinwirtschaftlichen Boden gestellt wird.

**Die Zukunft des Buchverlags.** Nach informierenden Mitteilungen der „Wirtschaftlichen Demobilisierung“ ist die Gestaltung des Buchverlags als ungünstig zu bezeichnen, da dieser unter dem Rückgang der Aufträge und Herstellungskostensteigerung zu leiden habe. Dazu kommt noch der allgemein herrschende Papiermangel. Die Handelskammer in Berlin berichtet, daß sich die wirtschaftliche Lage der graphischen Gewerbe trotz vorübergehender Steigerung des Auftragselanges bei einzelnen Firmen weiterhin erheblich verschlechtert hat. In den meisten Betrieben fehlt es an Arbeit, um auch nur fünf Stunden täglich die Maschinen zu beschäftigen. Andererseits drohe eine neue Papiernot. Angeichts des Stillstandes, zu dem die meisten Zellstoff- und Papierfabriken durch die Kohlennot gezwungen sind, muß mit einem sehr raschen Schwinden der Lagerbestände an Papier und Pappe gerechnet werden. Aus dem Bereiche der Handelskammer in Halle wird gesagt, daß der Verlagsbuchhandel infolge der neuen Teuerungszulagen unter der Zurückhaltung in der Vergabe von Druckaufträgen zu leiden habe. Verschiedene Zeitschriften mußten bereits ihr Erscheinen einstellen. Die Handelskammer in Dresden berichtet, daß die Lage sich im allgemeinen nicht verändert hat. Noch immer mangelt es an Aufträgen zum Teil wegen des Fehlens von Rohstoffen. Die für Reklame und Ausstellungen arbeitenden Druckerereien sind besonders schwach beschäftigt. Der Buchverlag im Bezirke der Handelskammer Stuttgart hält infolge der ungewöhnlichen Steigerungen der Herstellungskosten mit Aufträgen merklich zurück. Da auch im Buchhandel die Nachfrage nach Büchern allmählich zurückgeht, so wird eine durchgreifende Besserung der Abgabeverhältnisse erst von einer Mäßigung der Löhne erwartet. (1) Aus der Schweiz und aus Österreich liegen Aufträge vor. Die Abschließung des Uffah und des linksrheinischen Gebiets macht sich für den Zeitschriften-, Zeitungs- und Buchverlag empfindlich bemerkbar. Entgegen diesen durchweg aus Interessentenkreisen (Handelskammern usw.) stammenden pessimistischen Beurteilungen bezeichnet das „Reichsarbeitsblatt“

die Lage im Buch- und Zeitungsdruck als gut. Die in früheren Friedensjahren während der Sommermonate herrschende Geschäftslage habe sich nicht eingeeilt; deshalb werden die Ausschüsse auch weiter günstig beurteilt. An Arbeitnehmern herrscht in fast allen Städten ein Ueberangebot. In Berlin hat sich die Zahl der Arbeitslosen jedoch weiter vermindert.

Offene Arbeiterlehrerklasse. Das Gewerkschaftsamt hat in Chemnitz durch sein Arbeiterlehreramt einen gut eingearbeiteten Lehrherrn. Bewerbungen sind mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie der Gehaltsansprüche bis 21. Oktober an den Gewerkschaftslehrer Alfred Franz in Chemnitz-Koppel, Zwidauer Straße 152, zu richten.

Arbeitsstellung im Reichswirtschaftsministerium. Die bereits beknüpfte Zusammenlegung des Reichsernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums zu einem Reichswirtschaftsministerium unter der Bezeichnung „Reichswirtschaftsministerium“ ist nunmehr in allen Einzelheiten zur Durchführung gelangt. Da über die Weiterführung der bisher vom Reichsernährungsministerium geführten Geschäfte in der Öffentlichkeit noch immer Zweifel und Unklarheiten bestehen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Eingaben an das Reichswirtschaftsministerium, welche die Ernährungswirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion betreffen, an das Reichswirtschaftsministerium, Abteilung B, Berlin W 8, Mohrenstraße 11, 12, zu richten sind.

Winterbeihilfe für Arbeitslose. Nach Berichten der Tagespresse hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, die großen Städte zu ermächtigen, daß sie vom 1. November bis zum 31. März bestimmten, besonders bedürftigen Gruppen von Erwerbslosen eine Winterbeihilfe gewähren. Eine entsprechende Verordnung ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen durch die Einrichtung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nachdrücklich zu fördern.

Konsumvereine und wirtschaftliche Neuordnung. „Die kommende Zeit wird auch in der Warenverteilung neue Verhältnisse schaffen. Welche Richtung sie nehmen werden, ist heute noch völlig unklar; jedenfalls müssen sie aber in der Richtung der Genossenschaftsform liegen, wenn sie praktisch durchführbar sein sollen. Die Konsumgenossenschaften bilden bereits ein weitgehend durchgeführtes System der Sozialisierung, vor dessen Störung durch Eingriffsversuche aller Art die allerhöchste Vermeidung zu warnen ist. Auf die gewaltigen Anforderungen, die die Neuordnung der Verhältnisse stellt, werden sich die Konsumgenossenschaften, die hierfür stets den richtigen Blick gehabt haben, rechtzeitig einzustellen müssen. Sie erblicken von den berufenen Stellen eine richtige Einschätzung ihrer wachsenden Stellung im Volksstaat und eine Förderung ihres uneigennütigen, nur auf das Wohl der gesamten, besonders aber der werktätigen Bevölkerung gerichteten Bestrebens. Diese Rücksichtnahme wird sich den Regierenden um so mehr nahelegen, als den nun einmal im Zuge unserer Zeit liegenden Wucherbestrebungen nur dann ein wirksamer Damm entgegengeleitet werden kann, wenn weitverweigte Organisationsformen vorhanden sind, die diesem Bestreben entgegenwirken, und dies sind die Konsumvereine von jeder gewesen.“ Diese kräftigen, aber auch sehr zutreffenden Worte entstammen dem Geschäftsbericht eines großen süddeutschen Konsumvereins. Sie enthalten eine Mahnung an alle, die es angeht.

Eine Verbesserung des Brotes. Eine Verbesserung des Brotes soll demnächst dadurch erreicht werden, daß das Brotgetreide nicht mehr wie bisher zu 94 Proz. ausgemahlen wird. Die Ausmahlung soll vom 15. Oktober ab nur noch betragen bei Roggen 82 Proz., bei Weizen 80 Proz. und bei Gerste 75 Proz. Die Mühlen haben bereits entsprechende Anweisung von der Reichsgetreidestelle erhalten. Da die noch vorhandenen Mehlvorräte zuerst aufgebraucht werden müssen, wird das bessere Brot voraussichtlich erst Ende des Monats Oktober hergestellbar werden können. Das nicht gerade beliebte Kriegsbrod wird also bald verschwinden. Damit wird ein lange gehegter Wunsch der Konsumenten endlich erfüllt. Zwar ist mit der Verbesserung eine Preissteigerung verbunden, deren Höhe noch nicht genau feststeht. Sie dürfte jedoch für die Konsumenten nicht allzu sehr ins Gewicht fallen, weil das Reich voraussichtlich einen größeren Zufluß zu den Mehrlöfen befreit. Der Vorteil der niedrigen Ausmahlung liegt nicht nur darin, daß das Brot besser, schmackhafter und leichter verdaulich wird, sondern auch darin, daß eine größere Menge Asele verbleibt, die für die Mischbrotwirtschaft notwendig ist. Die Rationierung bleibt bis auf weiteres ausreicht erhalten, weil wir immer noch mit untern Beständen harter Wirtschaften mühen, um nicht gezwungen zu werden, aus dem Ausland große Mengen einzuführen. Das ausländische Getreide durch den schlechten Stand unrer Valuta und die hohen Transportkosten erheblich teurer kommt als unser inländisches Produkt, ist bekannt. Die Möglichkeit einer Erhöhung der Ration kann erst erörtert werden, wenn eine zuverlässige Beurteilung des Ernteergebnisses vorliegt.

### Geburten

In Breslau am 13. September der Korrektor Karl Seile aus Müllisch, 59 Jahre alt — Rippenfellentzündung.  
In Chemnitz am 25. September der Seher Richard Wallber, 42 Jahre alt; am 29. September der Arbeiterlehrer Karl Baum, 43 Jahre alt.  
In Danzig am 16. September der Seher Joseph Krell aus Mehlau, 42 Jahre alt; an demselben Tage der Invalide Friedrich Gerner aus Danzig, 64 Jahre alt.  
In Elms am 15. September der Seher Hans Grohmann.  
In Königsberg i. Pr. am 7. September der Meier Adolf Gollisch von dort, 45 Jahre alt — Lungenentzündung.  
In Leipzig am 7. September der Seher Hermann Born aus Leipzig-Reuditz, 39 Jahre alt — Herzschlag; am 13. September der Erzieher Wlur Ribebwald aus Leipzig-Thonberg, 44 Jahre alt — Ruhr; am 24. September der Seher Karl Richter aus Osabrück, 49 Jahre alt — Herzleiden.  
In Rega a. Rh. am 21. September der Buchdrucker Jakob Quos, 58 Jahre alt.  
In Dresden am 7. September der Seher Bernhard Edelkamp. In Reichenbach i. B. am 11. September der Abteilungsleiter Richard Reuchl, 57 Jahre alt.  
In Schwebheim am 15. September der Buchdruckerbesitzer Konrad Müller, 64 Jahre alt.

### Briefkasten

M. G. in S.: Die Sache stimmt mit 15 Pl., also kein Sauer. Grub. — P. R. in Bln.: 3,20 Mk. — G. A. in S.: Die Heiterkeit auf allen Seiten des hohen Haines ist wohl zu begreifen.

### Versehene Eingänge

„Kritik für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. (Zugr.) „Mehrbelt.“ Herbst 1918. 56. Band. 50 Hefen. 2,50 Mk., Doppelheft 5 Mk. Nach Inhalt wie folgt: In dieser Band ein Hauptteil, ein Ring und gerade dem gesamten Buchgewerbe zur Ehre. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Holzstraße 1.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gnamisplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

**Adressenveränderungen**  
Barmen. (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Franz Berenbrock, Grumme Straße 1; Kassierer: Robert Karthaus, Eichenstraße 13.  
Eberfeld. (Bezirk.) Die Geschäfte des Vorsitzenden Ulbrich auf Verlangen Adolf Julius Weber in Eberfeld, Gertrudenstraße 14.  
Eberfeld. (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Carl Mandl, Belle-Alliance-Straße 5; Kassierer: Robert Dreikopf, Dwergerstraße 10.  
Parchim i. M. Vorsitzender: Wilhelm Weidmann, Bleicherstraße 21.  
Stargard i. Pom. (Bezirk.) Vorsitzender: Hermann Szredzinski, Aufgasse 1a II; Kassierer: Paul Remitz, Gertenort 4 II.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Eingebungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):  
Im Gau Bayern 1. der Drucker Heinrich Bechtel, geb. in Leinsfeld 1870, ausgl. in Ziegenhain 1888; 2. der Seher Kurt Herlitz, geb. in Werlinden 1900, ausgl. dort, 1917; waren schon Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.  
Im Gau Schlesien der Seher Carl Wilmann, geb. in Strickberg i. Schl. 1898, ausgl. dort, 1913; war noch nicht Mitglied. — Karl Frieder in Breslau I, Kupferknechtstraße 7 II.  
Im Gau Westfalen-Schlesien der Drucker Gustav Mönchow, geb. in Neumünster 1894, ausgl. dort, 1914; war noch nicht Mitglied. — Martin Präter in Aiel, Schauenburgerstraße 34 p.

### Veranstaltungskalender

Kuerbach-Schleib-Galgenstein. Versammlung Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Ritterhof“ in Kuerbach.  
Berlin. Rotationsmaschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Tiergartenstraße 44.  
Zeuthen (Oschl.). Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal, Sündenburgerstraße.  
Dresden. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ (Sachsenzimmer).  
Erfurt. Versammlung Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Prinz Karl“.  
Nordhausen. Versammlung Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Stadt Brauereiburg“.  
Potsdam. Versammlung Sonntag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bügel“, Alte Königsstraße 18.  
Tegelsch-Blumenthal. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Giehlers Restauration in Ff. r.  
Weimar. Versammlung Freitag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des „Volksbundes“.

### Berein der Buchdrucker und Schriftgießer Schleziens (Tschech.-Slowakel)

Die geehrten Vereinsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß wegen verschleudeter Tarifwirdiger Uebelstände in den Druckereien Nihilismus (Korruption) und Baron (Tschchen) eine Surelle nach dort zu unterlassen ist.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Erhöhte Leistungen des Verbandes? — Eine neue Spartenbeziehung? — Luzerner Anzeigerblätter, II.  
Korrespondenzen: Berlin. — Dresden.  
Nachrichten: Nachahmerische Beispiele. — Konkurrenzschwäche. — Die Verhältnisse in den Druckereien. — Die Buchhändlerliteratur. — Die Zukunft des Buchgewerbes. — Offene Arbeiterlehrerklasse. — Arbeitsstellung im Reichswirtschaftsministerium. — Winterbeihilfe für Arbeitslose. — Konsumvereine und wirtschaftliche Neuordnung. — Eine Verbesserung des Brotes.

Wir suchen sofort einen tüchtigen  
**ersten Akzidenzsetzer**  
mit guten zeichnerischen Fähigkeiten. [631]  
Spamersche Buchdruckerei, Leipzig.

**Tüchtiger Akzidenz- und Anzeigensetzer**  
zu sofortigem Eintritt gesucht. „Duisburger Volkszeitung“, Duisburg.

**Typographsetzer**  
starker Seher, guter Maschinenkennner, wird gesucht. [621]  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt „Volksstimme“, Münster i. W.

**Tüchtiger Monotypsetzer**  
(Modell C) sofort gesucht. [647]  
Friedebund & Aonen, Offen (Rubr.).

**Maschinenmeister**  
36 Jahre alt, in der Bedienung von Ein- und Zweifachmaschinen bestens erfahren. In der Bedienung aller Zeugnisse und Referenzen, baldigste Stellung. Suchender ist auch an Frankenhäuser Rotation ausgebildet. Gest. Offerten unter Nr. 646 an die Geschäftsstelle d. Z. [649]

Durchaus selbstständig arbeitender, junger  
**Akzidenz- und Anzeigensetzer**  
sofort gesucht. Kalkulationskundiger bevorzugt. [654]  
Buchdruckerei Th. Weiner, Wurg i. W.

**Maschinensetzer**  
(Einoppe) zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten erbeten an [649]  
Verlagsgenossenschaft „Volksstimme“, Zeitz, Zeitzstraße 37.

**Schriftgießer**  
für Komplettschneiderei sowie ein tüchtiger  
**Blattstereotypsetzer**  
in dauernde, ausschließliche Stellung gesucht. [643]  
Gräf, Barth & Co. (W. Friedrich),  
Breslau I, Herrenstraße 20.

**Schweizerdegen**  
bis vor dem Kriegsausbruch Führer in er  
mittleren Zeitungsdruckerei in Elb., mit  
allen vorkommenden Arbeiten vollkommen  
vertraut, tüchtiger Katholik und  
umfassend in Dispositionen, sucht Ver-  
trauensstellung, am liebsten in Süd-  
deutschland. Gest. Anträge an [653]  
S. Sittenow, Postf. a. G., Nr. 127  
(Wilmers).

**Tüchtiger**  
**Zulieferer**  
wünscht sich zu verändern. In- oder  
Ausland. Gest. Angebote unter R. L. 650  
an die Geschäftsstelle d. Z. [650]

**Tüchtiger Galvanoplastiker**  
22 Jahre alt, an selbst. Arbeiten gewöhnt,  
sucht Stellung für sofort oder spä. Gest.  
Off. unter Sch. 599 an die Geschäftsstelle d. Z. [651]

**Ausdiesigen und Zurücken**  
der Druckformen lehren geeignete Fach-  
bücher aus dem Graph. Verlag S. Siegel,  
München, Columbusstraße 1. — Katalog  
25 Pf. [652]

**Blamabel**  
für jeden ist es, Fremdwörter falsch zu  
gebrauchen oder falsch auszusprechen.  
Schauen Sie nicht die kleine Ausgabe  
und bestellen Sie sofort Krebs' neues  
Fremdwörterbuch mit genauer Ver-  
deutschung u. Aussprachebezeichnung für  
1,85 Mk. fr. oder Nachn. vom Buchver-  
lag „Alpech“, Friedrichsplatz d. Westf. [657]

**Graphische Bereinigung Dresden**  
Freitag, den 10. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr, im R. Haus  
am „Raubschloß“, 5. Auf-  
bachstraße 23. [642]  
**Versammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

**Musikinstrumente**  
aller Art  
Gitarren  
„hervorragende Güte“  
Max Dörfel, Klingenthal S. 114  
Preisliste frei

Am 5. Oktober verstarb unser  
lieber Kollege und langjähriger  
Vertrauensmann, der Seher  
**Ernst Stubenhauer**  
im 46. Lebensjahre.  
Sein ehrl. Wirken für die  
Kollegen steht ihm ein hohes  
Bedenken. [652]  
Die Kollegen der Firma  
R. Schumacher, Berlin.

Am 5. Oktober verschied im  
Alter von 67 Jahren unser  
wertes Mitglied, der Seher  
**Jahob Fränkel**  
aus Rolenberg (Oschl.).  
Sein Andenken wird in Ehren  
halten [657]  
Ortsverein Breslau.

Am 2. Oktober nach langem  
Leiden unser lieber Kollege, der  
Schweizerdegen [645]  
**Wilhelm Steeg**  
geboren am 20. August in Na-  
lden.  
Ein ehrendes Bedenken wird  
ihm bewahren  
Bezirksverein Darmstadt.

Erst jetzt, nach fünfzehn Mo-  
naten, ist in die Heimat die  
traurige Nachricht gelangt, daß  
in den Kämpfen bei Uras, im  
Juli 1918, unser lieber, freies  
Mitglied, der Einoppeher  
**Alfred Scheidemann**  
Jnl.-Reg. 183, 2. M. G. A. [648]  
gestorben ist.  
Ein dauerndes Andenken be-  
wahrt ihm  
Die Leipziger  
Maschinensetzervereinigung.

Nach langer Zeit des Vermiss-  
tens wurde uns jetzt die traurige  
Nachricht, daß unser lieber Kol-  
lege, der Seher [655]  
**Alfred Scheidemann**  
ein Opfer des Krieges geworden  
ist. Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Leipzig, 5. Oktober 1919.  
Die Kollegen  
der „Leipziger Neuesten Nach-  
richten“.